

# **Beglaubigter Beschlussauszug**

## **für den Tagesordnungspunkt 16 öffentlicher Teil der Sitzung des Verbandsgemeinderates Puderbach am 10.12.2020 in Puderbach**

---

### **Öffentlicher Teil:**

#### **TOP 16: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Dr. Sabine Knorr-Henn machte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ausführungen zur Begründung des Antrages und wies auf die zahlreichen Kommunen hin die sich bereits im Rahmen des Bündnisses „Seebrücke“ zum „Sicheren Hafen“ erklärt haben.

Ulrich Neitzert machte ebenfalls Ausführungen zum Antrag und ging auf die Vorberatungen und die damit einhergehenden Probleme einiger Ratsmitglieder mit dem Begriff „Sicherer Hafen“ ein. Der nun vorliegende Antrag kann aus seiner Sicht mitgetragen werden.

Jochen Bülow führte aus, dass er beim Antrag nicht richtig zwischen Begründung und Beschlussvorschlag differenzieren könne. Weiterhin machte er aus seiner Sicht Erläuterungen zum Antrag. Mit der zu beschließenden Absichtserklärung und dem Beitritt zum Bündnis „Seebrücke“ soll der Druck auf die Entscheider auf allen politischen Ebenen erhöht werden, da die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichend seien.

Michael Klappert machte noch deutlich, dass er Probleme im Antragstext bezüglich der Abgrenzung der verschiedenen Begrifflichkeiten sehe (Flüchtling, Asylbewerber, Asylsuchender).

Nach Aussprache im Gremium ergab sich sodann folgender Antragstext samt Beschlussvorschlag:

Die Zahl der Menschen, die weltweit vor Krieg, Konflikten und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2019 waren weltweit 79,5 Millionen - mehr als ein Prozent der Weltbevölkerung - auf der Flucht. Seit 2010 hat sich damit diese Zahl nach Angaben der UN-Flüchtlingshilfe verdoppelt.

Diese unvorstellbaren Millionen individueller menschlicher Schicksale können keinen christlich denkenden und handelnden Menschen kalt lassen, sofern denn ein Rest von normaler Empathie vorhanden sein sollte.

Besonders deutlich wurde das in der jüngsten Vergangenheit bei den Geschehnissen um das Flüchtlingslager „Moria“ und mit den Bildern von über das Mittelmeer auf abenteuerliche und oft lebensgefährliche Weise nach Europa Flüchtenden. Dies verwandelt die abstrakten Zahlen in unermessliches menschliches Leid; es schreit danach zu helfen und den Flüchtlingen einen „Sicheren Hafen“ zu bieten. Umso mehr vor dem Hintergrund, dass den Schiffen, die Flüchtlinge im Mittelmeer retten wollen, erst das Auslaufen oder später dann der Zugang zu Häfen in Europa verweigert wird.

Natürlich kann die VG Puderbach nicht alle Menschen auf der Flucht aufnehmen, das kann keine Kommune, kein Land allein, ja noch nicht einmal ein Staatenverbund wie die EU; selbst dann nicht,

wenn alle EU-Mitglieder sich solidarisch an der Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen würden.

Unsere Verbandsgemeinde Puderbach hat zu Zeiten der großen Flüchtlingsströme 2015 ca. 180 Menschen aus den vielen Krisen- und Kriegsgebieten aufgenommen und hat mit der Unterstützung zahlreicher haupt- und ehrenamtlich wirkender Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren bis in die Gegenwart gezeigt, wozu sie in der Lage ist.

**Beschlussvorschlag:**

Wir wollen auch weiterhin unser Möglichstes tun, so wie es auch andere Kommunen machen, die sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt haben, Geflüchteten Schutz geben, Hilfe leisten und sie bei uns freundlich aufnehmen.

Auf der Grundlage von Art. 1 unseres Grundgesetzes „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ erklärt sich die Verbandsgemeinde Puderbach daher bereit, Geflüchteten im Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten, auch zukünftig Wohnraum, Versorgung und Integrationshilfe zu gewähren, gegebenenfalls auch über die landesweite Verteilungsquote hinaus.

Gleichzeitig fordern wir aber nachdrücklich insbesondere auch die Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland und in der EU auf, ihre Anstrengungen massiv zu erhöhen, um es den geflüchteten und den weiterhin flüchtenden Menschen endlich zu ermöglichen, in Frieden und ohne Bedrohung durch Hunger in ihren Heimatländern leben zu können. Der stark ansteigende Strom von Flüchtlingen ist ansonsten auf Dauer durch die Kommunen vor Ort nicht adäquat zu bewältigen.

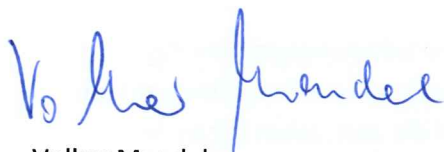
**Abstimmungsergebnis:**

19 Ja

2 Nein

1 Enthaltung

Puderbach, 10.12.2020



Volker Mendel

Bürgermeister

